

MALGORZATA RUCHNIEWICZ (WROCLAW)

Die Rückkehr der offiziell Vergessenen Die Repatriierung der Polen aus der UdSSR Ende 1955

Auf der Grundlage dreier Abkommen zwischen Polen bzw. seiner kommunistischen provisorischen Regierung (dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung, dem so genannten Lubliner Komitee) und den Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland und Litauen vom September 1944 wurden die Umsiedlung und die Rückkehr der polnischen Bevölkerung aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebiete geregelt. Entgegen offiziellen Deklarationen wurde das Problem jedoch keineswegs in zufrieden stellender Weise gelöst. Zwar kamen 1,2 Millionen Polen aus der Sowjetunion in den neuen polnischen Staat, hunderttausende verblieben jedoch in der UdSSR – teils aus freiem Willen (familiäre oder persönliche Gründe), in der Mehrheit jedoch unter Zwang (Repressionen sowie eine gegen die Ausreise gerichtete Grundeinstellung der sowjetischen Führung). Viele von ihnen bemühten sich in den Folgejahren intensiv um eine Übersiedlung nach Polen.

Eine zweite Repatriierungswelle fand 1946/47 statt ein. Über eine Viertelmillion Polen und polnischer Juden, die während des Krieges auf Befehl Stalins in das Innere der Sowjetunion, nach Sibirien und Kasachstan, deportiert worden waren, reisten nach Polen aus. Zur gleichen Zeit rollten die Transportzüge jedoch auch in die entgegen gesetzte Richtung. Sie waren besetzt mit Polen, die als Feinde des sowjetischen Staates in Polen interniert oder zu Lagerhaft und Verbannung verurteilt worden waren. Dieses Los erlitten vor allem Mitglieder der polnischen antikommunistischen Widerstandsbewegung des Zweiten Weltkriegs, die von den in allen Teilen Polens tätigen sowjetischen Sicherheitsorganen festgenommen oder von den polnischen Behörden an die UdSSR überstellt worden waren. In den Jahren 1949 bis 1952 wurden zudem auch polnische Bauern aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, die sich gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft zur Wehr gesetzt hatten, deportiert.¹

¹ Die grundlegende Frage nach der Anzahl der Polen, die von Seiten der sowjetischen Behörden in den Jahren 1944 bis 1952 Repressionen unterworfen waren, ist bis heute nicht in befriedigender Weise geklärt. Polnische Dokumente können, zumal wenn es um die ehemaligen polnischen Ostgebiete geht, kaum weiterhelfen, während die bisher bekannten sowjetischen Archivbestände ebenfalls keine vollständige Antwort erlauben. Mit Sicherheit jedoch handelt es sich um mindestens 50 000 Personen. Siehe: Paczkowski, A./Materski, W. (Hrsg.): Powrót żołnierzy AK z sowieckich łagrów [Die Rückkehr der AK-Soldaten aus den sowjetischen Lagern],

In Polen wurde das Thema der in der UdSSR verbliebenen Polen und deren Repatriierung nach Abschluss der Umsiedlungen Ende der 1940er Jahre nicht mehr berührt.² Das bedeutet allerdings weder, dass die Gesellschaft kein Interesse an diesen Fragen hatte, noch dass sich die Regierung ihrer Existenz nicht bewusst gewesen wäre: »Das Problem der Repatriierung von in der Sowjetunion verbliebenen Polen existierte seit der Beendigung der Massenrepatriierungen im Jahre 1947«, erklärte der polnische Botschafter in Moskau, Wacław Lewikowski, Anfang 1956. »Während dieser ganzen Zeit erhielten sowohl die Botschaft als auch die Führung in Warschau Hunderte und Tausende von Briefen in Sachen Repatriierung.«³ Als das größte Problem erachtete man schon Ende der 40er Jahre das Schicksal getrennt lebender Familien. »Es ist klar,« so ist in einer Notiz der Auswärtigen Abteilung beim ZK der

Warschau 1995, S. 7 f. Auch die Gesamtzahl derjenigen Polen in der Sowjetunion, denen eine Ausreise erlaubt worden war, ist nicht gesichert.

² So empfahl zum Beispiel die Abteilung UdSSR des polnischen Außenministeriums den Zeitungsredaktionen, die Anfragen ihrer Leser zum Thema möglicher weiterer Repatriierungen an das Ministerium weitergereicht hatten, »keine Antworten in oben genannter Angelegenheit zu veröffentlichen«. List nac. Wyd. Radzieckiego MSZ M. Kodronia do redakcji *Rolnika Polskiego* z 18 IV 1951 [Brief des Leiters der Abteilung UdSSR beim Außenministerium M. Kodroń an die Redaktion des *Rolnik Polski* (Der polnische Bauer) vom 18. Juni 1951], in: Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (Archiv des Außenministeriums, im Folgenden: AMSZ), z. 7, w. 10, t. 81, Bl. 56.

Die Autorin verwendet den Begriff der »Repatriierung« im vollen Bewusstsein seiner Unschärfe und Problematik. Wie die Autorin aufgrund von eigenen Befragungen feststellen konnte, wird dieser Terminus von einem Teil derjenigen Personen, die in den Jahren 1955 bis 1959 im Rahmen der damals offiziell so genannten »Repatriierungsaktion« nach Polen zurückkehrten, abgelehnt. Einige der Betroffenen hatten die Begriffe »Aussiedlung«, »Umsiedlung« oder »Expatriierung« vorgeschlagen. So sehr man deren Verwendung jedoch in Bezug auf die Personen zustimmen kann die (v.a. in den Jahren 1944 bis 1948) aus den ehemaligen Ostgebieten ausgehert sind, so schwer ist dies im Falle der aus Sibirien oder Kasachstan zurückkehrenden Lager- und Verbannungshäftlinge möglich. Die Termini Repatriierung und Repatrierte finden sich darüber hinaus in sämtlichen amtlichen Dokumenten der Jahre 1955 bis 1960. Allem Anschein nach haben sie sich auch in der Forschung durchgesetzt, wie an folgenden Titeln ersichtlich wird. Latuch, M.: Repatriacja ludności polskiej w latach 1955–1960 na tle zewnętrznych ruchów wędrowniczych [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung in den Jahren 1955–1960 vor dem Hintergrund grenzüberschreitender Migrationsbewegungen], Warschau 1994; Kačka, B./Stępa, S.: Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1955–1959. Wybór dokumentów [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1955–1959. Ausgewählte Dokumente] Warschau 1994.

³ Referat W. Lewikowskiego o pracy ambasady PRL w Moskwie z lutego 1956 [Referat W. Lewikowskis vom Februar 1956 über die Arbeit der Botschaft der Volksrepublik Polen in Moskau], in: AMSZ, z. 7, t. 12, w. 1, Bl. 25. In den Archivbeständen des Außenministeriums von vor 1956 finden sich viele Dokumente, die die Aktualität der Repatriierungs-Problematik in jenen Jahren bescheinigen. Siehe Ścisłe tajna notatka w sprawie powrotu do kraju osób narodowości polskiej i żydowskiej znajdujących się w ZSRR z 12 IV 1952 r. [Streng geheime Notiz vom 12. April 1952 bezüglich der Rückkehr von Personen polnischer und jüdischer Nationalität, die sich in der UdSSR befinden], in: AMSZ, z. 7, t. 82, w. 10.

PPR zu lesen, »dass all diejenigen, die Mütter, Frauen oder Kinder in der UdSSR haben, diese niemals vergessen werden, und sie werden über lange Jahre bei allen erdenklichen Ämtern intervenieren, so lange, bis sie mit ihrer Familie vereint sind.«⁴ Im Kontext der Familienzusammenführung versuchten die polnischen Behörden denn auch, unter Einschaltung des Außenministeriums und der Botschaft in Moskau einige Personen nach Polen zu holen. Diese Anstrengungen waren jedoch nur in Einzelfällen erfolgreich, so z. B. bei der Repatriierung von Kindern, die von ihren Eltern getrennt waren sowie bei der Überstellung polnischer Häftlinge an die polnischen Behörden. In einigen Fällen gelang auch eine individuelle Rückkehr zu den in Polen lebenden Verwandten unter Verwendung eines sowjetischen Auslandsreisepasses (*vid na žitel'stvo*).⁵ Der Mehrheit der inhaftierten Personen wurde diese Möglichkeit jedoch nicht gewährt, da sie die oft willkürlich verhängten Strafen verbüßen mussten.

Zeit ohne Wiederkehr: Die Jahre 1947 bis 1955

Die Hoffnungen der weiterhin in der Sowjetunion festgehaltenen Personen und ihrer Familien erhielten durch den Tod Stalins und die Verkündung einer Amnestie für die Opfer stalinistischer Repressionen neuen Auftrieb. Unter den Freigelassenen befanden sich auch polnische Häftlinge. Allerdings bedeutete dies nicht, dass sie damit auch das Recht zur Ausreise nach Polen erhielten, denn im Prinzip wurden die verhängten Strafen lediglich gemildert: Vor den Toren der Gefangenenlager erwartete sie meist die sofortige Verschickung in Sibirien. Darüber hinaus

⁴ Notatka Wydziału Zagranicznego KC PPR w sprawie napływających podań o repatriację krewnych z II pol. 1947 r. [Notiz der Auswärtigen Abteilung des ZK PPR aus der zweiten Hälfte des Jahres 1947 bezüglich eingehender Anfragen zur Repatriierung von Verwandten], in: Archiwum Akt Nowych (Archiv für Neue Akten, im Folgenden: AAN), Spuścizna Bolesława Bieruta [Nachlass Bolesław Bierut], sygn. 254/IV–22, Bl. 33.

⁵ Von denjenigen, die in der UdSSR Repressionen ausgesetzt waren (Häftlinge und Deportierte), kehrten nach 1949 lediglich 312 Personen nach Polen zurück. Sie wurden 1951 überstellt. Siehe dazu die sowjetischen Dokumente in: Paczkowski/Materski: Powrót żołnierzy AK (Anm. 1), S. 36–87. 1952 kamen nochmals 24 Personen aus dieser Gruppe. Siehe List dyr. M. Wiernej do MBP z 6 IX 1952 r. [Brief des Direktorin M. Wierna an das Ministerium für Öffentliche Sicherheit vom 6. November 1952], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9. Darüber hinaus kehrten in den Jahren 1951 bis 1955 835 Kinder zu ihren Familien zurück. Mehr dazu Ruchniewicz, Malgorzata: Sprawa powrotu dzieci polskich z ZSRR w latach 1948–1955 [Das Problem der Heimkehr polnischer Kinder aus der UdSSR in den Jahren 1948–1955], in: Wrzesiński, W. (Hrsg.): Wrocławskie Studia z Historii Najnowszej [Breslauer Studien zur Neuesten Geschichte], Wrocław 1997, S. 231–240. Schätzungen aus dem Jahre 1956 gehen davon aus, dass bis 1956 jährlich rund 1 000 Personen im Rahmen der Familienzusammenführungen aus der UdSSR nach Polen gereist sind. Notatka w sprawie repatriacji Polaków z ZSRR z listopada 1956 r. [Notiz vom November 1956 bezüglich der Repatriierung von Polen aus der UdSSR], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 173.

wurden sie in ihrer großen Mehrheit sowohl von den sowjetischen als auch den polnischen Behörden als sowjetische Staatsbürger betrachtet. Entsprechend informierte sie die polnische diplomatische Niederlassung lediglich über die Möglichkeiten, sich unter den für Sowjetbürger allgemein gültigen Bedingungen um eine Ausreise zu bemühen, was praktisch unmöglich war.⁶ Auf Verlangen der polnischen Regierung hin mussten die Antragsteller zudem auf den sowjetischen Ämtern den so genannten *wyzew* vorlegen, ein vom Präsidium des Rates der Stadt Warschau ausgestelltes Formular, welches den Besitz der polnischen Staatsbürgerschaft vor 1939 bestätige. Die polnische Familie des Heimkehrers musste sich zudem bereit verpflichten, für dessen Unterhalt aufzukommen.

Seit dem Frühjahr 1953 stieg die Zahl der bei den polnischen Behörden eingehenden Anträge und Briefe von Familienangehörigen wie auch von Ausreisewilligen merklich an. Dies machte deutlich, dass die bisherigen Lösungen (bzw. ihr Fehlen) der neuen Situation kaum gerecht wurden. Auch die Überstellung von 354 amnestierten Personen an die polnische Justiz im Januar 1954 sowie von 98 weiteren im April bzw. Juni des folgenden Jahres änderte daran kaum etwas.⁷ Der bereits erwähnte Botschafter Lewikowski erklärte im Dezember 1954, dass »in dieser Frage eine Grundsatzentscheidung notwendig ist, was eine Intervention unsererseits bei hochrangigen Vertretern des sowjetischen Außenministeriums notwendig voraussetzt«⁸. Denn seit Beendigung der Massenumsiedlungen im Jahre 1947 gingen sämtliche Gruppen- und Einzelrepatriierungen von Häftlingen oder Amnestierten auf Einzelfallentscheidungen der sowjetischen Behörden zurück. Die polnische Seite wurde darüber informiert und bekam eine Liste der betroffenen Personen zugestellt. Die Notwendigkeit einer breit abgestützten Lösung des Repatriierungsproblems wurde mit Verweis auf die »Unzufriedenheit

⁶ Schon 1950 erklärten die polnischen Behörden, dass »nach dem endgültigen Abschluss der Repatriierungen von Polen aus der UdSSR die Ausreise jedes Sowjetbürgers – unabhängig von seiner Nationalität wie auch davon, welche Staatsangehörigkeit er in der Vergangenheit besaß – eine strikt interne Angelegenheit der UdSSR ist, die jedwede diplomatische Intervention durch Vertreter anderer Staaten ausschließt.« Pismo radcy ambasady J. Zambrowicza do v-ce dyr. Biura Konsularnego MSZ L. Szybka z 22 V 1950 r. [Schreiben des Botschaftsrates J. Zambrowicz an den Vizedirektor der Konsularbüros beim Außenministerium L. Szybek vom 22. Mai 1950], in: AAN, KC PZPR, sygn. 231/V–273.

⁷ Pismo v-ce dyr. Dep. I MSZ Knapika do MBP z 14 IV 1954 r. [Schreiben des Vizedirektors im Departement I des Außenministeriums Knapik an das Ministerium für Öffentliche Sicherheit vom 14. April 1954], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9; Notatka dyr. dep. MSW M. Broniatowskiego z 3 V 1955 r. [Notiz des Departementsdirektors im Innenministerium M. Broniatowski vom 3. Mai 1955], in: Ebenda.

⁸ Pismo ambasadora W. Lewikowskiego do dyr. M. Wiernej z 31 XII 1954 r. [Schreiben des Botschafters W. Lewikowski an die Direktorin M. Wierna vom 31. Dezember 1954], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9.

der Petenten und den ungünstigen politischen Eindruck⁹, der in diesem Zusammenhang bei der Bevölkerung entstanden sei, auch in der polnischen Führung diskutiert. Die folgenden Monate brachten jedoch keine Lösung des Problems, das sich zusehends zu einer ernsthaften Krise auswuchs. Am stärksten war dies wohl in der polnischen Botschaft in Moskau zu spüren, wo sich die Briefe ausreisewilliger Polen und deren Angehöriger bald stapelten. Einige Antragsteller reisten direkt nach Moskau, doch die Botschaftsmitarbeiter konnten ihnen kaum befriedigende Antworten geben, da sie mit dem sowjetischen Standpunkt nicht vertraut waren. Von den Anforderungen, die die lokalen Behörden an die Ausreisewilligen stellten, erfuhr die Botschaft erst durch die Antragsteller. Botschafter Lewikowski konnte nicht einmal eine Antwort auf die Frage geben, weshalb man diesen Menschen die Ausreise derart erschwerte, denn – so musste er später zugeben – »in Sachen Rückkehr von ehemals unter dem Vorwurf der Diversion gegen Polen und die Sowjetarmee verurteilten Personen hatten wir bei den höheren Sowjetbehörden nicht ein einziges Mal interveniert«. Als eine eigentümliche Form der Rechtfertigung kann folgende Aussage des Botschafters gewertet werden: »Will man das, was die Botschaft rät und was von den Interessenten in Sachen ihrer Ausreise selbst unternommen wird, objektiv bewerten, kann man allein festhalten, dass dies alles keinerlei praktische Bedeutung hat. Es kümmert sich [bei den maßgeblichen Stellen] sowieso niemand darum.«¹⁰

In dieser Situation wandte sich die polnische Führung erstmals seit 1945 mit dem Vorschlag an die Sowjetunion, in Sachen Repatriierung zu einer grundsätzlichen Entscheidung zu kommen. Dies geschah jedoch nicht über das polnische Außenministerium, sondern über die »Partei-Linie«. Aller Wahrscheinlichkeit nach ging dem offiziellen polnischen Vorstoß ein persönliches Gespräch von Parteichef Bolesław Bierut und Nikita Chruščev anlässlich des Besuchs einer sowjetischen Delegation in Warschau vom 21. bis 26. April 1955 voraus.¹¹ Wenig

⁹ Siehe Ścisłe tajna notatka dotycząca zagadnień typu konsularnego wymagających dwustronnego omówienia z 8 IV 1954 r. [Streng geheime Notiz vom 8. April 1954 bezüglich konsularischer Fragen, die einer bilateralen Klärung bedürfen], in: Kącka/Śtepka: Repatriacja ludności polskiej (Anm. 2), S. 12–14; Ścisłe tajna notatka w sprawie problemu łączenia rodzin przebywających częściowo w Polsce, częściowo w ZSRR z 8 maja 1954 r. [Streng geheime Notiz vom 8. Mai 1954 zur Frage der Zusammenführung von Familien, die sich teils in Polen, teils in der UdSSR befinden], in: Ebenda, S. 16–18.

¹⁰ Ścisłe tajna notatka informacyjna z 11 marca 1955 r. dotycząca trudności związanych z powrotem do kraju obywateli polskich aresztowanych i skazanych przez władze radzieckie w latach 1944–1946 [Streng geheime Information vom 11. März 1955 bezüglich der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Rückkehr von polnischen Bürgern, die durch die sowjetischen Behörden in den Jahren 1944–1946 festgenommen und verurteilt wurden, nach Polen], in: Kącka/Śtepka: Repatriacja ludności polskiej (Anm. 2), S. 31 f.

¹¹ List I sekretarza KC PZPR Bolesława Bieruta do Jakuba Bermana z 29 IV 1955 r. [Brief des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR Bolesław Bierut an Jakob Berman vom 29. April 1955], in: Kącka/Śtepka: Repatriacja ludności polskiej (Anm. 2), S. 37.

später, am 6. Mai 1955, ließ Außenminister Stanisław Skrzyszewski über die sowjetische Botschaft in Warschau eine offizielle Note zur Repatriierungsproblematik an Chruščev übermitteln. Darin wurde unterstrichen, dass – ungeachtet mehrerer diesbezüglicher Abkommen – »das Problem einer Rückkehr von über die gesamte Sowjetunion verstreuten polnischen Staatsbürgern in ihre Heimat sowie der Familienzusammenführung bisher nicht in Gänze gelöst wurde. [...] Die fehlende Erledigung dieser oftmals schmerzlichen Angelegenheiten wirkt sich auf die weitere Entwicklung der Stimmung gewisser Kreise in Polen unvorteilhaft aus.«¹² An erster Stelle auf der Liste »schmerzlicher Angelegenheiten« stand jene »größere Anzahl von Polen«, »die von sowjetischen Gerichten interniert oder verurteilt worden waren« und die sich seit der Haftentlassung gemeinsam mit ihren Familien um eine Ausreise nach Polen bemühten. Als zweites wurden »ehemalige polnische Staatsbürger« angeführt, »erwachsene wie auch minderjährige, die aus unterschiedlichen Gründen von ihrem [im Abkommen von 1944 geregelten] Optionsrecht keinen Gebrauch gemacht hatten, so dass sie nun von ihren Familien getrennt sind«¹³. In beiden Fällen wurde das humanitäre Argument der Familienzusammenführung besonders unterstrichen, was jedoch vielen aus den *kresy wschodnie*¹⁴ stammenden Polen eine Rückkehr in die Heimat unmöglich gemacht hätte. Ebenfalls auffallend ist die Formulierung »größere Anzahl«. Tatsächlich verfügten die polnischen Behörden über keinerlei Informationen darüber, wie viele Polen sich in den ehemaligen Ostprovinzen oder an ihren Deportationsorten in Sibirien und Kasachstan um eine Rückkehr bemühen könnten. Einige Monate später bestätigte der Botschafter Lewikowski, dass »die Botschaft nicht einmal annähernd über den zahlenmäßigen Umfang [...] jener über die UdSSR verstreuten polnischen Bevölkerungsgruppen [...] orientiert ist«.¹⁵

Sowjetischer Ministerratsbeschluss über die Repatriierung vom April 1955

Die Tatsache, dass man sich in Polen nun auf höchster Ebene mit den Repatriierungen auseinandersetzte, stellte einen wichtigen Durchbruch dar. Allerdings scheint dies nicht die entscheidende Ursache für die Wiederaufnahme der Rückführungsaktion gewesen zu sein. Denn bereits unmittelbar nach Chruščevs Besuch

¹² Notatka wręczona 6 V 1955 r. N. Chruszczowowi [Am 6. Mai 1955 an N. Chruščev überreichte Note], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 18.

¹³ Ebenda, Bl. 19.

¹⁴ Wörtlich »das östliche Grenzland«, gemeint sind die ehemaligen polnischen Ostgebiete, die die Sowjetunion 1944 endgültig annektierte.

¹⁵ Referat W. Lewikowskiego o pracy ambasady PRL w Moskwie z lutego 1956 [Referat W. Lewikowskis vom Februar 1956 über die Arbeit der Botschaft der VR Polen in Moskau], in: AMSZ, z. 7, t. 12, w. 1, Bl. 25.

in Polen im April und noch vor Erhalt der offiziellen polnischen Note vom 6. Mai 1955 unterzeichnete der Ministerrat der UdSSR am 28. April den Beschluss Nr. 858–517c »Über die Repatriierung von Staatsbürgern Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, der DDR, Chinas und Koreas, die sich in der UdSSR in der Verbannung befinden, in ihre Heimatländer«. Wahrscheinlich hatte die sowjetische Führung an diesem Erlass, der – nach den Amnestien, Rehabilitationen usw. – als ein weiteres Element des Chruščevschen »Tauwetters« betrachten werden kann, bereits seit längerer Zeit gearbeitet. Wenig später wurde das Recht auf eine Heimkehr aus der UdSSR auch den festgehaltenen Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreichern, Japanern und Spaniern zugestanden. Das bereits seit dem Krieg bestehende Problem der Ausreise nach Polen verdankt seine Lösung offenbar dem endlich eingetretenen günstigeren Klima im Kreml.

Wie es scheint, kann das Problem der Repatriierung aus dem Osten nicht losgelöst von jener Kampagne betrachtet werden, die Anfang 1955 von der Sowjetunion und weiteren Ostblockstaaten zur Förderung der Rückkehr von Emigranten aus dem Westen gestartet wurde.¹⁶ Ein wesentliches Ziel jener Aktion war die Schwächung der in den westlichen Staaten entstandenen Emigrantenkreise.¹⁷ Die Regierung der Volksrepublik Polen eröffnete ihre diesbezügliche Agitation zugunsten einer Rückkehr nach Polen am 23. Juli 1955 mit einer an die Polonia, also die weltweite polnische Emigration, gerichteten Rede Boleslaw Bieruts. Das Resultat war eine intensive Gegenpropaganda der Emigrantenkreise, die vor allem auf die in Bieruts Rede übergangene Frage der Repatriierung aus der UdSSR

¹⁶ Mehr zu dieser Frage im Bericht: »Die Repatriierungsaktion der Sowjetunion [sic!] und der Volksdemokratien und ihre politischen und psychologischen Rückwirkungen auf die heimatvertriebenen Ausländer in der Bundesrepublik«, in: Bundesarchiv Koblenz, B 106, Bd. 5434.

¹⁷ Sicherlich auch auf den vorangegangenen Zeitraum bezogen, hat der Unterstaatssekretär im Außenministerium Marian Naszkowski Anfang 1956 unmissverständlich zu verstehen gegeben: »Auf diese Weise wollen wir feindliche politische Gruppierungen zerschlagen sowie den Diversion und Spionage betreibenden Kreisen zuvorkommen, welche die Septemberemigration [gemeint sind die nach dem September 1939 Emigrierten, Anm. d. Redaktion] für sich auszunutzen suchen. Wir wollen dieses Reservoir austrocknen, das von den Imperialisten gegen unser Lager benutzt wird, um: a) Spionage, Diversion und Sabotage zu organisieren; b) im In- und Ausland Propaganda gegen unser Lager zu verbreiten; [und] c) die Flucht aus unserem Land und andere antipolnische Aktionen zu organisieren.« Naszkowski betont weiter, dass das derzeitige psychologische Moment ausgenutzt werden solle, welches durch die Entspannung der internationalen Beziehungen bedingt war und die dadurch zunichte gemachten Hoffnungen auf den Ausbruch jenes neuen Krieges, der die »triumphale Rückkehr nach Polen unter Führung von General Anders« ermöglichen sollte. Pismo podsekretarza stanu w MSZ M. Naszkowskiego do kierowników urzędów dyplomatycznych i konsularnych PRL z 25 II 1955 r. [Brief des Unterstaatssekretärs im Außenministerium M. Naszkowski an die Leiter der diplomatischen und konsularischen Dienststellen der VR Polen vom 25. Februar 1955], in: AMSZ, z. 23, t. 148, w. 8, Bl. 4.

hinwiesen.¹⁸ Tatsächlich erschienen die ersten offiziellen Äußerungen Polens zu diesem Thema erst viel später, nämlich Ende Oktober 1955.

Unmittelbar nach dem erwähnten Ministerratsbeschluss zu den Repatriierungen befahl der sowjetische Innenminister, Generaloberst Sergej Kruglov, am 23. Mai 1955 seinen untergeordneten Organen die Vorlage von Angaben bezüglich sämtlicher in der Verbannung befindlicher »polnischer Staatsbürger« sowie zu »sowjetischen Staatsbürgern polnischer und jüdischer Nationalität, die von ihrem Recht auf Umsiedlung gemäß dem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 6. Juli 1945 keinen Gebrauch gemacht hatten«.¹⁹ Gleichzeitig unterstrich der Minister, dass die Personen, die nicht vom Abkommen vom Juli 1945 profitiert und dadurch ihre polnische Staatsbürgerschaft eingebüßt hatten, auch weiterhin gemäß dem für sowjetische Staatsbürger vorgesehenen Verfahren behandelt würden: Die geplante Repatriierungsaktion sollte folglich doch nur die nach Sibirien und Kasachstan verbannten Personen umfassen. Darüber, dass »die sowjetischen Behörden [...] in Sachen Rückkehr [...] polnischer Staatsbürger, die auf dem Gebiet der UdSSR aus der Haft entlassen wurden, bereits eine entsprechende Anweisung«²⁰ erlassen hatten, wurde die polnische Seite erst im Juni 1955 – und zwar inoffiziell (wie der Erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Polen, Kolaskin betonte) – informiert.

Die Registrierung von zur Repatriierung vorgesehenen Personen durch die lokalen sowjetischen Behörden gab den Polen in der UdSSR einen ungemeinen Auftrieb und führte zu einer sprunghaften Zunahme der bei der polnischen Botschaft in Moskau eingehenden Korrespondenz. Erst durch solche Briefe erfuhren die Botschaftsangestellten von der Tatsache, dass eine »Registrierung ehemaliger polnischer Staatsbürger zur Ausreise in die Volksrepublik Polen« überhaupt stattfand, wie auch davon, dass sie nicht nur ihre frühere Staatsbürgerschaft, sondern oft auch ihre polnische Nationszugehörigkeit bestätigen sollten. Antragsteller, deren

¹⁸ In dieser Aktion engagierte sich die polnische Sektion von Radio Free Europe besonders intensiv und lang anhaltend. Ausführlich dazu, siehe: Nowak-Jeziorański, Jan: *Wojna w eterze* [Der Krieg im Äther], Lublin 1987, S. 175–182. Siehe ebenfalls Ruchniewicz, Małgorzata: *Łagry w Związku Radzieckim – opracowanie »Polacy przetrzymywani w Rosji« polskiej sekcji ewaluacji RWE z kwietnia 1956 r.* [Die Lager in der Sowjetunion. Zum Bericht »In Russland festgehaltene Polen« der polnischen Evaluierungssektion von Radio Free Europe vom April 1956], in: *Wrocławskie Studia Wschodnie* 1997, H. 1, S. 187–207.

¹⁹ Rozkaz nr 00205 ministra spraw wewnętrznych ZSRR, gen. płk. S. Krugłowa w sprawie repatriacji obywateli krajów demokracji ludowej znajdujących się w miejscach zesłania [Befehl Nr. 00205 des Innenministers der UdSSR, Generaloberst S. Kruglov, bezüglich der Repatriierung in der Verbannung befindlicher Bürger volksdemokratischer Staaten], in: *Centralne Archiwum Wojskowe w Rembertowie* (Zentrales Militärarchiv Rembertów), *Kolekcja akt rosyjskich* [Sammlung russischer Akten], sygn. 174, Bl. 4f.

²⁰ Notatka z rozmowy telefonicznej z I sekretarzem ambasady ZSRR w Warszawie Kolaskinem z 29 VI 1955 r. [Telefonnotiz zu einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Botschaft der UdSSR in Warschau, Kolaskin, vom 29. Juni 1955], in: *AMSZ*, z. 7, t. 84, w. 11.

Nationalität in Frage gestellt wurde (was gerade im Falle deportierter polnischer Bauern öfters geschah), wandten sich mit der Bitte um Intervention an die Botschaft. Ebenso versuchten die Betroffenen hier Einzelheiten zu Termin und Ablauf der geplanten Ausreiseaktion zu erfahren. Doch die Botschaft war zu jenem Zeitpunkt lediglich darüber informiert, dass die sowjetische Führung in dieser Angelegenheit einen »Beschluss allgemeinen Charakters« zu fassen gedachte.²¹ Offenbar fand die gesamte Vorbereitung unter Ausschluss der polnischen Führung und Botschaft statt.

Die immer deutlicher absehbare Repatriierungsaktion aus der UdSSR veranlasste die polnischen Behörden, sich mit der Aufnahme der Repatriierten nach deren Grenzübertritt auseinander zu setzen. Anfang August 1955 schlug das Außenministerium vor, an der Ostgrenze »in Terespol [ein spezielles Zentrum] einzurichten, ausgestattet mit genügend Geldmitteln (zur Deckung der Reisekosten der Repatrianten an den Wohnort ihrer Familien, sowie eventuell, für diejenigen, welche keine ausreichende Kleidung besitzen, auch für Kleider)«.²² Demgegenüber scheinen sich die Anordnungen Premierminister Józef Cyrankiewiczs vom 17. August 1955 bezüglich der Aufnahme von Repatriierten allein auf die Rückkehrer aus dem Westen bezogen zu haben. Die Lage der in diesem Papier vorgesehenen Repatriierungszentren im Westen (Szczecin/Stettin und Zbrydowice/

²¹ Pismo II sekretarza ambasady w Moskwie P. Motruka do dyr. Biura Konsularnego MSZ L. Szybka z 1 VIII 1955 r. [Brief des Zweiten Sekretärs der Botschaft in Moskau P. Motruk an den Direktor des Konsularbüros beim Außenministerium L. Szybek vom 1. August 1955], in: AAN, KC PZPR, sygn. 231/V–273, Bl. 22. Da viele Polen in der Annahme einer baldigen Ausreise bereits ihr gesamtes Hab und Gut veräußert hatten, gestaltete sich die Situation einiger von der Registrierung betroffener angesichts des nahenden Winters Polen zunehmend dramatisch. Siehe dazu Telegram od Polaków z kolchozu Sławianka w Przymorskim Kraju z 10 VIII 1955 [Telegramm von Polen aus der Kolchose Sławianka im Gebiet Primorskoe], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 35 f. Das Außenministerium wies seine Vertretungen an, in solchen Fällen zu antworten, dass »die Botschaft Anweisungen bezüglich des Termins ihrer Repatriierung erhalten hat. Da jedoch die sowjetischen Behörden das Ausfüllen der Fragebögen angeordnet haben, ist dieser Anweisung auch nachzukommen.« Pismo p/o nac. Wydz. Radzieckiego MSZ W. Lewandowskiego do ambasady w Moskwie z 22 VIII 1955 r. [Brief des im Range eines Leiters der Abteilung UdSSR des Außenministeriums stehenden W. Lewandowski an die Botschaft in Moskau vom 22. August 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 37.

²² Zum Leiter dieses Zentrums, das eine Art Auffanglager darstellte, sollte eine Person ernannt werden, die »über angemessene politische Qualifikationen« verfügte, was für die Behörden zweifellos aufgrund der besonderen Kategorie von Repatrianten sehr wichtig war (ehemalige Lagerinsassen und Opfer der Deportationen nach Sibirien und Kasachstan, mehrheitlich Mitglieder der polnischen Heimatarmee. Siehe dazu Tajna notatka MSZ w sprawie repatriacji z ZSRR do Polski z 4 VIII 1955 r. [Geheime Notiz des Außenministeriums in der Angelegenheit der Repatriierungen aus der UdSSR vom 4. August 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 41.

Seibersdorf) deutet auf solch eine Einschränkung hin.²³ Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Warschauer Führung die für Ende 1955 vorgesehene Rückreiseaktion aus der UdSSR nach Polen propagandistisch mit der überaus öffentlichkeitswirksam vorbereiteten Repatriierungsaktion aus dem Westen verbinden wollte, oder ob sie vielmehr »nebenbei«, ohne größeren Aufsehens vonstatten gehen sollte. Mit Sicherheit jedoch wurde das Verhältnis der polnischen Behörden zu den Repatrianten aus der UdSSR nicht allein durch die gänzlich undurchsichtigen Umstände – den Mangel an Informationen zu Terminen, Anzahl der Rückkehrer und anderes mehr – beeinflusst. Ebenso sehr dürfte die besondere Kategorie der Heimkehrer aus der Sowjetunion eine Rolle gespielt haben, handelte es sich doch um Personen, die für antisowjetische Tätigkeiten verurteilt waren. Das plötzliche Auftauchen von mehreren tausend ehemaligen Häftlingen Stalins, deren schiere Existenz bislang verschwiegen worden war, stellte für die Bierut-Führung eine denkbar delikate Angelegenheit dar. Da demgegenüber die Repatrianten aus dem Westen keinerlei »politisches Problem« darstellten, ließ sich deren Rückkehr ohne weiteres propagandistisch verwerten.

Am 27. August 1955 erhielt die polnische Seite erste Listen mit Personen, die von den Sowjetbehörden zur Repatriierung vorgesehen wurden. Sie waren in zwei Gruppen eingeteilt: Die erste setzte sich aus Deportierten zusammen, unter ihnen 105 polnische Staatsbürger, 1682 Sowjetbürger polnischer bzw. jüdischer Nationalität sowie 8 Staatenlose. Die zweite Gruppe umfasste Gefängnis- oder Lagerinsassen. Kraft einer Verordnung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 22. August 1955 sollten 181 vorzeitig aus der Haft zu entlassende polnische Staatsbürger an die polnischen Behörden überstellt werden, die – so eine Notiz aus dem sowjetischen Außenministerium – »in sowjetischen Hafteinrichtungen eine gerichtlich verfügte Strafe wegen krimineller Betätigung zur Zeit des Zweiten Weltkriegs verbüßten«. Ebenfalls vorgeschlagen wurde die Überstellung von 141 Häftlingen polnischer Staatsangehörigkeit an die polnischen Behörden, die wegen der »[...] Beteiligung an Gräueltaten gegen sowjetische Bürger zur Zeit des Vaterländischen Krieges oder wegen Spionage gegen die UdSSR« verurteilt worden

²³ Zarządzenie nr 200 Prezesa Rady Ministrów z 17 VIII 1955 r. w sprawie powołania Komisji dla przeprowadzenia wstępnych prac organizacyjnych związanych z powrotem emigrantów [sic!] do Kraju [Anordnung Nr. 200 des Ministerratspräsidenten vom 17. August 1955 bezüglich der Berufung einer Kommission zur Durchführung einleitender Organisationsarbeiten im Zusammenhang mit der Rückkehr von Emigranten [sic!] in die Heimat], in: Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji (Zentrales Archiv des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und Administration; im Folgenden: CAMSWiA), Biuro Pelnomocnika Rządu ds Repatriacji [Büro des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen], sygn. rob. 14, Bl. 1. Siehe dazu ebenfalls Zarządzenie nr 201 Prezesa Rady Ministrów z 17 VIII 1955 r. w sprawie opieki nad repatriantami powracającymi do Kraju [Anordnung Nr. 201 des Ministerratspräsidenten vom 17. August 1955 in Sachen Betreuung von in die Heimat zurückgekehrten Repatrianten], in: CAMSWiA, sygn. rob. 13, Bl. 1.

waren.²⁴ Anders als bei den Deportierten sollten demnach Häftlinge polnischer Nationalität, die als sowjetische Staatsbürger betrachtet wurden, von einer Überstellung nach Polen ausgeschlossen sein.

In den darauf folgenden Wochen trafen weitere Listen ein, so dass die polnischen Behörden über die Aufnahme von insgesamt 4 616 Personen zu befinden hatten. Die sowjetische Führung indes betonte, dass die Ausreisenden mit dem Moment des Grenzübertritts ihre sowjetische Staatsbürgerschaft verlieren würden. Nachdem die Listen in der Reihenfolge ihres Eingangs überprüft worden waren, erteilte die polnische Führung um den 20. Oktober 1955 herum in der überwiegenden Mehrheit der Fälle ihre Zustimmung.²⁵

Das Eintreffen der repatriierten Häftlinge im September 1955

Die Festlegung von Verfahrensweise, Ort und Termin der Aufnahme von Repatrianten nahm mehrere weitere Wochen in Anspruch, weshalb der ursprünglich auf Oktober festgesetzte Termin für den Beginn der Aktion verschoben werden musste.²⁶ Auch der zu Beginn vorgesehene Umfang der Transporte von 300 bis 350 Personen wurde verändert.²⁷ Der endgültige, von der sowjetischen Seite erst am 9. November bekannt gegebene Fahrplan, sah für die Repatriierung von 4 379 Personen insgesamt acht, in der Zeit vom 29. November 1955 bis zum 3. Januar 1956 über den Grenzübergang bei Przemyśl nach Polen geführte Transporte vor.²⁸

²⁴ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 29 VIII 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 29. August 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9; Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 28 VIII 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 28. August 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9.

²⁵ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 22 X 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 22. Oktober 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 10, Bl. 68. Die polnischen Behörden verweigerten vier Personen die Einreise, nachdem festgestellt wurde, dass sie Ukrainer waren und in Polen keine Familien besaßen. Aide memoire ambasady polskiej z 15 X 1955 r. [Aide Mémoire der polnischen Botschaft vom 15. Oktober 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9.

²⁶ Die sowjetische Seite hatte ursprünglich die Repatriierung von 2400 Personen angekündigt, die sie auf acht Transporte des oben genannten Umfangs von 300 bis 350 Rückkehrern zu verteilen gedachte. Mit der gestiegenen Zahl an Repatrianten vergrößerte sich entsprechend der Umfang der einzelnen Transporte, siehe: Notatka z września 1955 [Notiz vom September 1955], in: CAMSWiA, MSW 92/148, Bl. 10.

²⁷ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 12 X 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 12. Oktober 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 10, Bl. 65.

²⁸ Notatka służbowa w sprawie repatriacji z ZSRR sporządzona przez Biuro Konsularne MSZ w listopadzie 1955 r. [Dienstnotiz in der Angelegenheit der Repatriierungen aus der UdSSR, angefertigt durch das Konsularbüro beim Außenministerium im November 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 96.

Die zugänglichen Akten erlauben keine hinreichende Erklärung dieser Verzögerung. Eine der Ursachen mochte in der unzureichenden Vorbereitung auf die Übernahme der Transporte durch die polnische Seite begründet sein. Die Vorbereitungen konnten jedoch erst intensiviert werden, nachdem das polnische Regierungspräsidium (d.h. der Ministerpräsident und sein Stellvertreter) am 10. September 1955 den Beschluss Nr. 739/55 zur Betreuung der Repatrianten unterzeichnet und Zygfryd Sznek, Unterstaatssekretär im Innenministerium, mit der Leitung des eigens gegründeten Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen betraut hatte. Mitte September begannen in Grabanów bei Terespol die Arbeiten zur Einrichtung des ersten und vorerst einzigen Repatriierungszentrums an der Ostgrenze. Weitere vier Auffanglager bzw. so genannte Repatriierungszentren mit einer Kapazität von jeweils 500 bis 700 Personen wurden erst Mitte November eröffnet, als Termine und Umfang der Aktion bereits feststanden.²⁹ Auch die Verifizierung der durch die Russen übermittelten Personendaten der Repatrianten wirkte sich verspätend auf den Beginn der Aktion aus. Es ist übrigens davon auszugehen, dass es allein die sowjetischen Behörden waren, die von einer Ausreise der Repatrianten in kleineren Gruppen Abstand nahmen. Die endgültige Entscheidung, die Betroffenen in Massentransporten über die Grenze zu befördern, fällten sie in jenem Moment, als sie der von der polnischen Seite verlangten Übernahme sämtlicher bis zum Grenzübertritt anfallenden Reisekosten durch die UdSSR zustimmten. Obwohl die polnische Botschaft in Moskau eine solche Kostenübernahme bereits im September 1955 gefordert hatte, war sie vom sowjetischen Außenministerium erst Anfang November akzeptiert worden.³⁰

Bedeutend zügiger, wenngleich ebenfalls mit Verspätung und in einem verglichen mit den Angaben vom 27. Oktober 1955 reduzierten Umfang, wurde die Repatriierung von Häftlingen und vorzeitig aus der Haft entlassenen Personen in die Tat umgesetzt.³¹ Die Überstellungen fanden am Bahnhof von Brest-Litovsk

²⁹ Notatka Biura Pełnomocnika Rządu w sprawie akcji repatriacyjnej w roku 1955 [Notiz aus dem Büro des Regierungsbevollmächtigten für Fragen der Repatriierungsaktionen im Jahres 1955], in: CAMSWiA, MSW 92/15, Bl. 113 f.

³⁰ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 20 IX 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 20. September 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 59; Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 10 XI 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 10. November 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 80.

³¹ Als Termin zur Überstellung der Häftlinge war zuerst der 15. November vorgesehen. Allerdings gelang es nicht, bis zu diesem Datum alle betroffenen Personen zum Übergabeort zu bringen. Darüber hinaus verweigerten die sowjetischen Behörden die Ausreise von 58 Personen (unter ihnen sieben Häftlinge), nachdem festgestellt worden war, dass deren Familien sich ebenfalls in der UdSSR aufhielten. Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 10 IX 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 10. September 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 72, w. 9.; Notatka z rozmowy S. Skrzyszewskiego z charge d'affaires ambasady radzieckiej I. Mielnikiem z 28 X 1955 r. [Gesprächsnotiz von S. Skrzyszewski: Gespräch mit dem Chargé

statt und wurden von sowjetischer Seite von Major N. Kalgankin geleitet. Die Gruppe der vorzeitig Entlassenen (122 Personen) traf am bereits 26. und 27. September in Polen ein und wurde von den Majoren T. Jarmoliński und F. Kaczmarek empfangen.³² Ebenfalls am 27. September wurden einem Funktioniär des polnischen Strafvollzugs, Major B. Jakubowski, 86 Personen übergeben, die – so wurde unterstrichen – als »Verbrecher [...] den Rest ihrer Strafe in Polen zu verbüßen haben«.³³ Die von den sowjetischen Behörden vorzeitig aus der Haft entlassenen Repatrianten wurden im Auffanglager Grabanów untergebracht, wo sie Repatriantenkarten sowie die in Beschluss 739/55 vorgesehene Hilfe erhielten. Die als »Verbrecher« nach Polen überstellten Häftlinge wurden jedoch nach Międzyzdroje in Pommern in ein Internierungslager verbracht. Hier mussten sie auf die Überprüfung ihrer Fälle warten, die sich sehr in die Länge zog. Die sowjetische Seite hatte den polnischen Behörden nur sehr spärliche Angaben (so genannte *sprawki*) über das von diesen Leuten begangene Verbrechen sowie das verhängte Strafmaß übermittelt.³⁴ Der von der polnischen Seite beantragten Einsicht in die Prozessakten wurde von den sowjetischen Behörden nicht stattgegeben. Dies war umso problematischer, als eine Haftlingsüberstellung noch keineswegs bedeutete, dass die Urteile sowjetischer Gerichte automatisch auch in Polen als rechtsgültig anerkannt wurden. In dieser Situation »ist das Verhältnis gegenüber diesen Personen erschwert, da speziell in der Frage einer eventuellen Strafverfolgung die notwendigen Entscheidungsgrundlagen nicht gegeben sind«.³⁵ Die Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik gründete zur Untersuchung dieser Fälle eigens eine

d'affaires der sowjetischen Botschaft I. Melnik vom 10. September 1955], in: AAN, KC PZPR, sygn. 237/V-273, Bl. 27.

³² Ebenda.

³³ Unter den Repatrianten befanden sich neben Polen auch Deutsche, Ukrainer und Juden. Siehe Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 12 X 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 12. Oktober 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 65.

³⁴ Notatka z rozmowy S. Skrzyszewskiego z charge d'affaires ambasady radzieckiej I. Mielnikiem z 14 X 1955 r. [Notiz S. Skrzyszewskis zu einem Gespräch mit dem Chargé d'affaires der sowjetischen Botschaft I. Melnik vom 14. Oktober 1955], in: Ebenda, Bl. 60. Auf die Bitte Skrzyszewskis um Übersendung von Informationen zu den Häftlingen, »ihren Prozessen in der Sowjetunion, den Urteilen, vorzeitigen Haftentlassungen [und] ihrer eventuellen Überstellung in die VR Polen zur Verbüßung der verbleibenden Strafe« antwortete die sowjetische Seite, dass sie die Personalakten dieser Personen bereits zur Verfügung gestellt habe. Es kam auch zu Beschwerden von nach Polen überstellten Häftlingen, die ihre Depositen und persönlichen Gegenstände nicht zurückbekommen hatten. Das sowjetische Innenministerium antwortete, dass »keiner von ihnen bei der Überführung ähnliche Vorwürfe geäußert habe«. AAN, KC PZPR [ZK PVAP], sygn. 237/V-273, Bl. 27. Die Befürchtung der Häftlinge, sie könnten bis zur Klärung der »Vorwürfe« in der UdSSR festgehalten werden, reichte als Ursache für ihr Schweigen jedoch sicherlich aus.

³⁵ Notatka w sprawie repatriacji z ZSRR z 14 XII 1955 r. [Notiz vom 14. Dezember 1955 in der Angelegenheit der Repatriationen aus der UdSSR], in: CAMSWiA, MSW 92/148, Bl. 7.

Arbeitsgruppe, die vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt Władysław Taraszkiewicz geleitet wurde. In Einzelgesprächen mit den Häftlingen über die Gründe ihrer Verurteilung in der UdSSR sollten die Informationen aus den sowjetischen *sprawki* verifiziert werden. Diese Arbeit nahm mehrere Wochen in Anspruch.³⁶ Die Häftlinge, die mit zunehmender Ungeduld auf das Wiedersehen mit ihren Familien warteten, protestierten indes lautstark gegen die erneute Freiheitsberaubung und organisierten sogar einen Hungerstreik. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat dies die Beschlussfassung der polnischen Behörden beschleunigt: Man beurteilte den Aufenthalt in den sowjetischen Gefängnissen und Lagern als der Strafe genug und ließ sämtliche Festgehaltenen frei.³⁷

Von den Verbannungsorten nach Polen

Die Ankunft der Massentransporte mit den aus der sowjetischen Verbannung entlassenen Repatrianten war für Ende November vorgesehen. Wie bereits erwähnt, wurden die in der UdSSR anfallenden Kosten der Aktion von der sowjetischen Regierung übernommen. Man erlaubte den Ausreisenden die Mitnahme ihrer gesamten Habe, gewährte ihnen finanzielle Unterstützung und versorgte sie während der Reise mit Verpflegung und ärztlicher Betreuung. Es wurde versprochen, dass etwaige Ersparnisse sowie Obligationen der Staatsanleihe, an der sich jeder in der UdSSR Beschäftigte obligatorisch zu beteiligen hatte, in polnische Złoty umgetauscht werden konnten. Für die Transporte würden Personenwagen mit Liegewagenplätzen zur Verfügung stehen.³⁸ Es sollte eine Transportbegleitung, bestehend aus dem Transportleiter, zwei bis drei Helfern, einem Arzt und einer Krankenschwester, geben. Zum sowjetischen Bevollmächtigten zur Übergabe der einzelnen

³⁶ Brief von Władysław Taraszkiewicz an die Autorin vom 8. Juli 1997.

³⁷ Für mehr Informationen siehe Węgierski, J.: *Lwowski Obszar ZWZ-AK i losy jego żołnierzy* [Der Lemberger Kommandobezirk der Vereinigung für den bewaffneten Kampf – Heimatarmee], Katowice 1991, S. 44 (S. 38 im Maschinenmanuskript). Der Autorin wurden im Zentralen Archiv des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und Verwaltung (CAMSWiA) keinerlei Dokumente zur Repatriierung von Häftlingen zugänglich gemacht, die eine ausführlichere Darstellung dieses Problems ermöglicht hätten. Eine Analyse der gesamten Repatriierungsaktion findet sich bei M. Latuch, der seine Untersuchungen direkt nach Beendigung der Überstellung aus der UdSSR durchgeführt hat und dabei vom Büro des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen unterstützt worden ist. Aus dem Büro stammen auch mit Sicherheit sämtliche relevanten Informationen. Latuch: *Repatriacja ludności polskiej* (Anm. 2), S. 21–24 u. 122 f.

³⁸ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 10 XI 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 10. November 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 49.

Transporte an den Vertreter des polnischen Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen wurde Oberstleutnant F. Slesarev ernannt.³⁹

Die im Sommer zur Repatriierung registrierten Verbannten warteten mit großer Ungeduld auf den Beginn ihrer Reise nach Polen. Im Laufe der Monate jedoch begann sich ihre Stimmung zunehmend zu verschlechtern: Die ersuchte Benachrichtigung über eine Bewilligung der Ausreise erreichte die meisten Betroffenen kaum zehn Tage vor dem Tag der Abfahrt. Unter größtem Zeitdruck mussten nun die Vorbereitungen getroffen werden. Wer über eigenes Hab und Gut verfügte, verkaufte es oder verschenkte es an seine Bekannten – die meisten jedoch besaßen ohnehin nur einige persönliche Dinge, die sie mitnehmen konnten.

Schwieriger war es, die für eine Ausreise obligatorisch vorausgesetzte Arbeitsentlassung zu erwirken. Die Leitungen vieler Industriebetriebe und Kolchosen versuchten, ihre Arbeiter festzuhalten. Sie versprachen Beförderungen, verschiedenste Privilegien, oder aber sie lehnten die eingereichten Kündigungen ganz einfach ab, indem sie sich hinter Moskauer Direktiven zur Erfüllung der Produktionspläne verschanzten. Nicht selten war eine Intervention durch das sowjetische Innenministerium notwendig, bei der die politische Bedeutung der Repatriierungen nach Polen hervorgehoben wurde.⁴⁰ In den Kolchosen wurde nach einem komplizierten Berechnungssystem die Anzahl geleisteter Arbeitstage gegen die Unterhaltskosten eines Landarbeiters abgewogen. Dabei kam es vor, dass der solchermaßen errechnete Lohnüberschuss in Naturalien, z. B. in Korn, ausbezahlt wurde.

Als Ausgangsort der Repatriierungstransporte dienten mehrere große Verkehrsknotenpunkte, so das im südlichen Mittelsibirien gelegene Krasnojarsk, Vorkuta am Nordende des Urals jenseits des Polarkreises, Karaganda in Kasachstan, Irkutsk am Südende des Baikals sowie das am Fluss Amur an der Grenze zu China gelegene Chabarowsk. Dorthin hatte man die Polen nicht nur aus der jeweiligen näheren Umgebung, sondern auch aus weit entlegenen Ortschaften gebracht, zum Beispiel (per Flugzeug) aus Noril'sk und Jakutsk nach Krasnojarsk, aus Magadan (mit dem Schiff) bis Nachodka und weiter nach Chabarowsk. Die Formierung eines Transportes dauerte mehrere Tage, in denen Waggon für Waggon mit Repatrianten gefüllt wurde. Während dieser Wartezeit wurden Bekanntschaften geknüpft, jahrelang nicht gesehene Freunde begrüßt und die letzten Formalitäten erledigt (Auslösen der Staatsanleihen, Empfang der Reiseunterstützung von 300 Rubel). Viele erstanden von ihrem Ersparnis oder dem eben erhaltenen Unterstützungsgeld Geschenke für die Familien oder auch in Polen schwer erhältliche Waren, die sie in der Heimat zu verkaufen gedachten. Diese Einkäufe nahmen einen derartigen Umfang an, dass viele Geschäfte anschließend regelrecht

³⁹ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 26 XI 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 26. November 1955], in: ebenda, Bl. 82.

⁴⁰ Dakiniewicz, S.: *Więzień P. 303* [Häftling P. 303], Wrocław 1992, S. 266 f.

ausverkauft waren. »Aus den Läden verschwanden«, so erinnerte sich eine der Repatriantinnen, »die Kühlschränke, Radios und Fotoapparate. Einer kaufte sich sogar ein Motorrad. Als ich meine 200 Rubel bekam, konnte ich in der ganzen Stadt schon nichts mehr finden. In allen Geschäften die gleiche Antwort: Die Polen haben alles weggekauft.«⁴¹ Nicht alle besaßen jedoch ausreichend Mittel für solche Einkaufstouren. Die sowjetischen Behörden verteilten an den Ausgangspunkten der Transporte auch Kleidung für die bedürftigsten unter den Heimkehrern.

Die Reise nach Polen dauerte etwa zwei Wochen. Die Transporte fuhren mit dem Status von Spezialzügen. Unterwegs wurden weitere Waggons mit Repatrianten angehängt. Die Reisebedingungen waren gut – es gab Schlafwagen mit ordentlichem Bettzeug und genügend Proviant. An den größeren Stationen wurde auf Bestellung der Transportbegleiter eine warme Mahlzeit bereitgestellt. Die Polen aßen in den Bahnhofsrestaurants, aus denen zu diesem Zweck nicht selten die sowjetischen Reisenden zuvor brutal entfernt worden waren. Einige der Transporte hatten Aufenthalt in Moskau, wo die Heimkehrer von offiziellen Delegationen besucht wurden. Bei dieser Gelegenheit beschwerten sich viele Repatrianten über das Verhalten, das die polnische Botschaft ihnen gegenüber während der vorangegangenen Jahre an den Tag gelegt hatte, und sie reichten die Personalien von Personen weiter, denen man keine Ausreisegenehmigung erteilt hatte. »Noch als wir in Moskau standen, da kam ein Vertreter der polnischen Botschaft – ein Pole, zusammen mit irgendeinem Russen. Sie begannen, durch die Wagen zu gehen, sprachen mit uns und versicherten natürlich, dass alle fahren würden, die auch fahren wollten. Und wer nicht wollte, der bleibe eben da. Am meisten hat uns jedoch die Tatsache aufgeregt, dass der Pole Russisch sprach, der Russe aber [mit uns] Polnisch – darüber waren wir ganz einfach wütend. Wir begannen, gegen diese Behauptung [wonach angeblich alle Polen ausreisen durften] zu protestieren, also befahl man uns, eine Liste anzufertigen – darüber, wer bleiben musste und wo. Wir haben diese Liste gemacht und sie an die Botschaft geschickt (ich glaube, jemand von der Botschaft hat sie abgeholt).«⁴²

Diejenigen Transporte, die Mitte Dezember in Richtung Heimat aufbrachen, befanden sich zu Weihnachten noch auf der Reise. »Wie verbrachten Heiligabend eingeschneit im Ural. Ein Schneesturm hatte die Gleise verweht und wir mussten einen halben Tag auf das Eintreffen des Schneepfluges warten. Wir kletterten also aus den Waggons und fällten uns Christbäume. Wir sangen Weihnachtslieder. Die polnische Melodie hallte laut wider zwischen den Felsen [...] und einer dichten Wand von Fichten.«⁴³

⁴¹ Ebenda, S. 234.

⁴² [Erinnerungen von] I. Krajewska, in: *Archiwum Wschodnie przy Ośrodku Karta* (Archiv des Ostens beim Zentrum Karta; im Folgenden: AW), sygn I\396, Bl. 47.

⁴³ [Erinnerungen von] J. G., in: AW, sygn. II\606. Bl. 245.

Der nächste wichtige Moment der Reise war für viele Repatrianten der Aufenthalt im ukrainischen Lemberg (L'wow/Lwów). Er dauerte oft mehrere Stunden. Von hier aus versuchten sie, mit einer Depesche die Familie oder Bekannte über die bevorstehende Ankunft zu informieren, damit sie in Polen zum Bahnhof kommen und wenigstens ein bisschen Zeit mit jenen Personen verbringen konnten, die sie meist seit über zehn Jahren nicht gesehen hatten. Anfangs ließen die polnischen Behörden diese Kontaktaufnahme zu. Aus den Berichten von Betroffenen geht jedoch hervor, dass sie bei den späteren Transporten das Verlassen der Waggons zu verhindern suchten und den Bahnhof für Besucher schlossen.

Der erste der acht angekündigten Transporte mit Repatrianten aus Sibirien überquerte am 30. November 1955 die Grenze in Medyka bei Przemyśl mit achtstündiger Verspätung. Diese resultierte aus einer über zwölf Stunden dauernden Zollabfertigung, bei welcher der gesamte Transport – laut Oberst Slesarev entgegen den Moskauer Instruktionen – einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. »Die Zollbehörden nahmen den Repatrianten unter anderem ihre Arbeitsbücher ab, zwei goldene Uhren und weitere Kleinigkeiten. Die gesamte Zollabfertigung nahm einen sehr unangenehmen Verlauf, und zwar sowohl aufgrund ihrer Ausführlichkeit (Bündel und Pakete wurden ausgebreitet, Säcke aufgetrennt), als auch aufgrund der langen Dauer: Die Repatrianten konnten von 4 Uhr morgens bis 9 Uhr am Abend keine warme Mahlzeit zu sich nehmen.« Nach der Intervention eines sowjetischen Regierungsvertreters war die Grenzabfertigung der späteren Transporte erträglicher. Darüber hinaus erklärte sich die sowjetische Seite damit einverstanden, dass bereits in Lemberg Vertreter Polens auf die Repatriierungszüge zustiegen.⁴⁴ Die Repatriierten selbst erzählen, während der Abfertigung sei intensiv nach Dokumenten jeglicher Art, vor allem aber nach solchen aus der Haftzeit gesucht worden. Diese wurden konfisziert.⁴⁵ Ähnlich wurde mit Bargeld verfahren, das die Ausreisenden nicht zur Überweisung nach Polen an die Bank übergeben hatten.

Die Unannehmlichkeiten der Zollkontrolle verfliegen unter dem bewegenden Eindruck des Grenzübertritts sehr schnell. In den Erinnerungen einiger Repatriierter findet sich dieser Moment immer wieder: Die Nationalhymne wurde gesungen, ebenso die *Rota*⁴⁶ und andere nationale Lieder. Man schmückte sich mit eigens in den Nationalfarben angefertigten Kokarden. »Der Zug fuhr an, es war ein düsterer Tag, wenn es auch nicht schneite, so war es doch bewölkt. In unseren Herzen aber schien die Sonne, eine polnische Sonne, unsere Augen lachten,

⁴⁴ Notatka w sprawie transportów repatriacyjnych przybywających z ZSRR z 12 XII 1955 r. [Notiz vom 12. Dezember 1955 in Angelegenheit der aus der UdSSR eintreffenden Repatriierungstransporte], in: Kačka/Stepka: Repatriacja ludności polskiej (Anm. 2), S. 55.

⁴⁵ [Erinnerungen von] J. Łopaciński, in: AW, sygn. II\2633, Bl. 177.

⁴⁶ Die *Rota* ist ein traditionelles, sehr kämpferisches Unabhängigkeitslied.

unsere Gesichter wurden hell«, schreibt eine der Heimkehrenden: »Als wir über die Grenze fuhren, herrschte Stille im Waggon, dann aber stimmte jemand das Lied ›Gott, der du Polen ...‹ [Boże, coś Polskę ...] an. Aus voller Brust fielen die Anderen mit ein, obwohl es einem die Kehle zuschnürte und vor Ergriffenheit die Stimme versagte. In Medyka stiegen die polnischen Grenzbeamten zu. Sie salutierten und begrüßten uns mit einem Lächeln.«⁴⁷ Allerdings erinnern keineswegs alle Betroffenen die Ankunft in der Heimat so positiv: »Es war im Dezember 1955. Polen empfing uns weder mit Flaggen, noch mit Ansprachen, nicht mit Blumen noch dem Klang eines Orchesters. So nämlich hatten die Deutschen einige Monate zuvor ihre aus der UdSSR heimkehrenden Landsleute begrüßt. Die Waggons schoben sich langsam über die Grenze. Unsere Aufseher übergaben uns an die polnischen Behörden. Diese prüften uns nach der Anzahl, da ein Namensabgleich dieser ›verlorenen Söhne‹ offensichtlich überflüssig war.«⁴⁸

Folgende Übersicht der im Zeitraum vom 30. November 1955 bis zum 6. Januar 1956 in Polen eingetroffenen Transporte wurde auf Basis der polnischen Dokumente sowie der Berichte von Repatriierten angefertigt. Rechnet man die bekannten neun Massentransporte sowie die überstellten Häftlinge zusammen, reisten in der Zeit vom 30. November 1955 bis zum 6. Januar 1956 insgesamt 5702 Repatrianten nach Polen ein.⁴⁹

⁴⁷ [Erinnerungen von] A. Janocha, in: AW, sygn. II\660, Bl. 20

⁴⁸ [Erinnerungen von] J. G., in: AW, sygn. II\606.

⁴⁹ Auf der Basis der zugänglichen Quellen lässt sich die exakte Anzahl der repatriierten Personen nicht festlegen, denn die Angaben sind oft in sich widersprüchlich: So wird etwa in zwei unterschiedlichen Quellen der Gesamtumfang der Massentransporte identisch auf 4805 Personen beziffert, wobei einmal die vorzeitig entlassenen Häftlinge in dieser Zahl enthalten sind, das andere Mal jedoch explizit nicht. Siehe dazu einerseits Notatka Biura Pełnomocnika Rządu ds Repatriacji w sprawie akcji repatriacyjnej w 1955 r. i zadań w 1956 r. [Notiz des Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen zu den Repatriierungsaktionen im Jahre 1955 sowie den Aufgaben für das Jahr 1956], in: CAMSWiA, MSW 92/15, Bl. 114; sowie andererseits Notatka w sprawie działalności MSW w 1955 r. oraz zamierzeń i budżetu na 1956 r. [Notiz bezüglich der Tätigkeit des Innenministeriums im Jahre 1955 sowie zu Planungen und Budget für das Jahr 1956], in: CAMSWiA, MSW 92/15, Bl. 30. Das aus den Quellen rekonstruierte Ergebnis (4805+897=5702 Personen) deckt sich allerdings weitgehend mit den sowjetischen Angaben für alle Transporte zusammen (5695 Personen) sowie mit den Daten des Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen für die Transporte vom 1. September bis 31. Dezember 1955 (5692 Personen). Siehe dazu Z raportu ministra spraw wewnętrznych ZSRR N. P. Dudorowa dla KC KPZR z 3 VII 1956 r. [Aus dem Bericht des Innenministers der UdSSR N. P. Dudorov an das ZK KPdSU vom 3. Juli 1956], zitiert in: Bugaj, N. F.: Specjalne teczki Stalina: deportacje i reemigracje Polaków [Stalins Sonderakten: Die Deportation und Reemigration der Polen], in: Zeszyty Historyczne 1994, H. 107, S. 139; CAMSWiA, MSW Gabinet Ministra [Bestand: Innenministerium, Büro des Ministers], syg. 17/IX/49, Bl. 2. Es sollte zudem nicht vergessen werden, dass neben den Massenrepatriierungen auch die individuelle Heimkehr andauerte. 1955 reisten 1834 Personen mit sowjetischen Auslandsreisepässen (*vid na żyteł'stvo*) in Polen ein, um hier einen

Wieder in Polen – Ankunft in den Auffanglagern

Die Repatriierten wurden nach dem Grenzübertritt in die erwähnten Auffanglager gebracht, die dem Büro des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen unterstellt waren. Die Lager befanden sich in alten Gebäudekomplexen, meist Kasernen, die über eine (von der Quartiermeisterei der Bürgermiliz) zwar eiligst errichtete, dennoch aber ausreichende Infrastruktur zur Aufnahme von mehreren hundert Personen verfügten. In den Zentren waren genügend Schlafplätze und die Ernährung gesichert, ebenso die ärztliche Betreuung (mit der Möglichkeit einer Überweisung in das Sanatorium von Szklarska Poręba). Auch die Repatriierungskarten, provisorische Personalpapiere, wurden hier ausgegeben, sowie eine finanzielle Unterstützung von 1000 Złoty. Das Personal eines Auffanglagers umfasste in der Regel bis zu 15 Personen, wobei allem Anschein nach mindestens ein Teil von ihnen zu den Vertrauenspersonen der Partei gehörte: »Die personelle Besetzung der Zentren war mit keinen speziellen Problemen verbunden. Als eine bedeutende Hilfe erwiesen sich die Wojewodschaftsverwaltungen für Innere Angelegenheiten sowie die Wojewodschaftskomitees der Partei.«⁵⁰ Allerdings erwies sich die fachliche Befähigung dieser Leute – vor allem in Nowy Sącz – als unzureichend. Am meisten irritierte die Heimkehrer, die noch immer auf ein Wiedersehen mit ihren Verwandten warteten, das offenbar schleppende Arbeitstempo beim Ausstellen von Registrierungsformularen und Repatriierungskarten.⁵¹ Die Repatriierten blieben nur bis zur Erledigung der wichtigsten Formalitäten im Auffanglager, in der Regel fünf bis sieben Tage. In der Erinnerung bewerten sie den Aufenthalt oft positiv, wobei sie die gute Betreuung hervorheben, die ihnen nach all den in der Sowjetunion verbrachten Jahren großen Eindruck machte. Ein Teil der Heimkehrer fühlte sich allerdings durch die obligatorischen Angaben zur Vervollständigung der Registrierungsformulare negativ berührt. Einer der Betroffenen sprach von einer, wenn auch »milden Stasi-Untersuchung«⁵².

Das Sammeln von Informationen über eine etwaige Mitarbeit in den polnischen Untergrundstrukturen während Zweiten Weltkriegs sowie über die Umstände der

ständigen Aufenthalt zu begründen. Die individuellen Rückkehrer reisten über Terespol ein. Siehe dazu Notatka Biura Pełnomocnika Rządu ds Repatriacji w sprawie akcji repatriacyjnej w 1955 r. i zadań w 1956 r. [Notiz des Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen zu den Repatriierungsaktionen im Jahre 1955 sowie den Aufgaben für das Jahr 1956], in: CAMSWiA, MSW 92/15, Bl. 114.

⁵⁰ Ebenda, Bl. 113.

⁵¹ Das Registrierungsformular umfasste 17 von Repatrianten zu beantwortende Fragen. Neben den üblichen Angaben zur Person mussten die Heimkehrer auch solche zum Verlauf ihres Militärdienstes während des Krieges machen. Sie mussten angeben, ob sie bestraft worden waren, und wann sie Polen verlassen hatten. Die Fragebögen werden heute im CAMSWiA aufbewahrt.

⁵² [Erinnerungen von] W. Romańczuk, in: AW, sygn. II\900.

Verhaftung erweckte das Misstrauen vieler Heimkehrer: »Am folgenden Tag vergiftete ein unangenehmer Zwischenfall die Atmosphäre, als uns ein Beamter der Staatssicherheit (ein noch junger Mann) der Reihe nach zum Verhör holte. Gegen meinen Willen erwachten in mir die Erinnerungen an jene früheren, fast elf Jahre zurückliegenden, Ermittlungen. Erneut füllten sich die Papierbögen mit Antworten auf all die Fragen, die man mir stellte [...]. Ob man wohl bereits neue Karteien über uns angelegt hat?«⁵³ Während des Aufenthaltes in den Repatriierungszentren kam es auch zu Kontakten mit der örtlichen Bevölkerung. Einige der noch vor Weihnachten Eingetroffenen wurden zu den Festtagen eingeladen. Viele Bewohner suchten auch nach Informationen zu ihren vor vielen Jahren im Osten verschwundenen Angehörigen. Einer der Ankömmlinge im Lager von Nowy Sącz erinnerte dies folgendermaßen: »Täglich wurden an gut sichtbaren Stellen in der Kantine, an den Türen oder Wänden, Zettel mit den Namen vermisster Personen angebracht, mit dem Datum ihrer Verhaftung oder Deportation und der Bitte um Weiterleitung von Informationen an eine angegebene Adresse. Es kamen aber auch Einwohner von Nowy Sącz einfach nur so in die Kaserne.«⁵⁴

Nach einigen Tagen erhielten die Repatriierten eine kostenlose Fahrkarte und verließen das Lager. Die meisten fuhren zu ihren Angehörigen, während nur wenige von dem Angebot einer Arbeit und Wohnung in den neuen polnischen Westgebieten profitierten. Das erklärt sich dadurch, dass die überwiegende Mehrheit der Repatriierten in Polen eine Familie besaß, die sich meist schon seit Jahren um ihre Rückkehr bemüht hatte und sich nun die ersten Monate nach der Ankunft um sie kümmerte.

Der Aufenthalt in den Auffanglagern war für die Ankommenden von großer Bedeutung, da sie hier einen ersten Eindruck von den ihnen unbekannten, neuen polnischen Realitäten bekommen konnten. Doch auch die Behörden nutzten diesen Zwangsaufenthalt, um sich mit den Heimgekehrten, mit ihren Einstellungen und ihrer Berufsstruktur bekannt zu machen. Hier hatten sie die Möglichkeit, genaueres über die Bemühungen der in der UdSSR lebenden Polen um eine Repatriierung sowie über die Reisebedingungen zu erfahren. Die aus diesen Informationen gewonnenen Schlussfolgerungen flossen direkt in die noch im Dezember 1955 aufgenommenen Bemühungen um eine Fortsetzung der Repatriierungen ein.

Für einige der Heimkehrer war die Ankunft in Polen mit unterschiedlichsten Befürchtungen verbunden, die auch den Lagerleitungen nicht verborgen blieben: »In den ersten Tagen nach der Ankunft waren viele Repatriierte stark verängstigt. Viele erwarteten, in Polen verfolgt oder gar in Straflager eingesperrt zu werden. Die Repatriierten fragten uns, ob sie das Lager verlassen können würden, ob sie die Kirche besuchen, ob sie sich ihren Unterhalt verdienen könnten und anderes

⁵³ [Erinnerungen von] J. Sterpejkowicz-Wysocki, in: AW, sygn. II\948, Bl. 176.

⁵⁴ [Erinnerungen von] M. Wierzbicka, in: AW, sygn. II\1680, Bl. 282.

mehr.«⁵⁵ Die Kleidung der meisten Heimkehrer wurde für gut befunden, so dass man nur für einige wenige neue Kleider kaufen musste. Bei Letzteren handelte es sich mit Sicherheit um erst kurz zuvor befreite Lagerhäftlinge. Es wurde notiert, dass ein Teil der Ankömmlinge Motor- und Fahrräder mitgebracht hatte. Selbst ein mitgeführtes Auto und einige Tonnen Korn wurden vermerkt. Die Verfasser solcher Berichte waren sich allerdings der Tatsache nicht bewusst, dass diese Güter erst unmittelbar vor der Abreise erstanden wurden, finanziert mit dem Erlös aus dem Verkauf der gesamten sonstigen Habe sowie den ausgelösten Staatsanleihen. In der Regel waren sie zum Weiterverkauf bestimmt und sollten den Aufbau einer neuen Existenz ermöglichen.

Die Analyse der Berufsstruktur ergab, dass es sich bei einer Mehrheit der Repatriierten ursprünglich um Bauern handelte, »von denen sich in der UdSSR viele weiterqualifiziert und als Fachkräfte im Bau- und Transportwesen gearbeitet hatten«. Es kamen auch Handwerker, Bergarbeiter und einige Vertreter der Intelligenz (Ärzte, Ingenieure und Juristen). Auch die politische Einstellung der Ankömmlinge wurde beobachtet: »Bei einem Teil der Repatriierten wurden antisowjetische Stimmungen bemerkt«, so hielt es der Regierungsbevollmächtigte Zygfryd Sznek fest. »Dies trifft vor allem auf den Transport zu, der am 11. Dezember dieses Jahres eingetroffen ist. Die Repatriierten dieses Transportes, der sich in der überwiegenden Mehrzahl aus ehemaligen Mitgliedern der polnischen Heimarmee AK aus dem Wilnaer Gebiet zusammensetzte, äußern sich in den im Auffanglager sowie in der Stadt geführten Gespräche feindlich gegenüber der Sowjetunion. Charakteristisch war die Aussage: »Wir haben gekämpft und verloren, aber unser Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Teilnehmer an diesem Transport haben an der Grenze auch die »Rota« gesungen.«⁵⁶

Solche »feindlichen Stimmungen« bemühten sich die Behörden durch die »Kultur- und Bildungsarbeit« zu neutralisieren. Diese bestand aus »der Organisation von Filmvorführungen, Auftritten von Theatergruppen aus dem Gemeinschaftszentrum, Tanzveranstaltungen, Ausflügen (etwa nach Oświęcim [Auschwitz], ins Museum von Łańcut), der Bereitstellung verschiedener Presseerzeugnisse usw.«⁵⁷ In den Auffanglagern wurden ebenfalls lockere Gesprächsveranstaltungen über die Rechtslage der Repatriierten, ihre Arbeits- und Wohnmöglichkeiten veranstaltet. Das Büro des Regierungsbevollmächtigten musste jedoch selbstkritisch ergänzen, dass »die politische und Bewusstsein bildende Arbeit unter den Repatriierten in unbefriedigender Weise realisiert wurde. [...] Das Personal der Zentren

⁵⁵ Biuletyn Biura Pełnomocnika Rządu ds Repatriacji nr 37 [Bulletin des Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen Nr. 37], in: CAMSWiA, MSW 92/112a, Bl. 4.

⁵⁶ Notatka w sprawie repatriacji z ZSRR z 14 XII 1955 r. [Notiz vom 14. Dezember 1955 in der Angelegenheit der Repatriationen aus der UdSSR], in: CAMSWiA, MSW 92/148, Bl. 5 f.

⁵⁷ Ebenda.

war darüber hinaus zu sehr mit technischen Angelegenheiten und zu wenig mit der politischen Arbeit beschäftigt«. ⁵⁸

Diese Vernachlässigung wurde, so erklärte es der Bevollmächtigte Sznek, schnell dadurch korrigiert, dass das Wojewodschaftskomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) »geeignete Genossen aus dem Wojewodschaftsaktiv geschickt hatte, die sich um die Durchführung entsprechender Veranstaltungen kümmerten«. ⁵⁹ Die Behörden hielten fest, »dass man den Charakter und die Rolle der AK exakter erläutern und hervorheben müsste, da sie viele Repatriierte für eine Organisation halten, die nichts anderes getan habe, als für die Freiheit Polens zu kämpfen«. ⁶⁰ Vom Regime wurden die Veteranen der AK dagegen offiziell als bürgerlich, reaktionär, antikommunistisch und somit auch antipolnisch verurteilt und entsprechend behandelt.

Ob die ergriffenen Maßnahmen im Sinne der Partei etwas bewirkt hatten, ist nicht überliefert. Allerdings kann aufgrund der Lebensgeschichten der Heimkehrer davon ausgegangen werden, dass die politische Agitation weder erfolgreich noch für die Parteifunktionäre besonders angenehm gewesen sein kann. Die Erklärungen der Behörden zu ihrem neuen Status in Polen hingegen nahmen die Repatriierten mit Bitterkeit entgegen: »An der Grenze sind wir aus den Waggons gesprungen und haben die Erde geküsst. Darauf sind wir ins Auffanglager gefahren, wo wir von der Bevölkerung sehr herzlich empfangen wurden, doch man warnte uns sogleich: Ihr müsst aufpassen, denn die AK-Veteranen werden auch hier von der Regierung gehasst. Und so war es. Aus Rzeszów kam der Vorsitzende zu uns, und als unsere Leute ihn fragten, weshalb sich denn die Behörden so lange nicht um eine Rückkehr der Polen gekümmert hatten, war die Antwort: Weil ihr es so verdient habt. Ihr habt dort im Gefängnis gesessen und ihr werdet auch hier sitzen. Man hat sogleich wie mit dem Vorschlaghammer auf uns eingedroschen.« ⁶¹

⁵⁸ Notatka Biura Pełnomocnika Rządu ds. Repatriacji w sprawie akcji repatriacyjnej w 1955 r. i zadań w 1956 r. [Notiz des Büros des Regierungsbevollmächtigten für Repatriierungsfragen zu den Repatriierungsaktionen im Jahre 1955 sowie den Aufgaben für das Jahr 1956], in: CAMSWiA, MSW 92/15, Bl. 114.

⁵⁹ In die Repatriierungszentren wurden »einige Agitatoren der Wojewodschaftsebene geschickt«.

⁶⁰ Notatka o przebiegu repatriacji ze Związku Radzieckiego i krajów zachodnich ze stycznia 1956 r. [Notiz vom Januar 1956 zum Ablauf der Repatriierungen aus der Sowjetunion und den westlichen Ländern], in: AAN, KC PZPR, sygn. 237\XIV-91, Bl. 6.

⁶¹ [Erinnerungen von] E. Dragun, in: AW, sygn. II\91. Siehe ebenfalls [Erinnerungen von] J. G., in: AW, sygn. II\606; Z. Konopacki erinnert sich an folgenden Ausspruch: »Ihr werdet euch noch das ganze Leben daran erinnern, dass ihr Häftlinge der Sowjetunion wart!« [Erinnerungen von] Z. Konopacki, in: AW, sygn. II\2302.

Die Aufnahme in Volkspolen

Mit der Ankunft der Repatriierungstransporte war das Problem der in der UdSSR verbliebenen Polen noch keineswegs gelöst. Die Nachrichten über die Ankunft der Transporte in Polen nährte die Hoffnung einer baldigen Heimkehr bei jenen, die sich noch immer in der UdSSR aufhielten, wie auch ihren Familien in der Heimat. Die Flut an Briefen, die in dieser Sache bei den polnischen Behörden und der Botschaft in Moskau eingingen, wurde nicht kleiner. Ein damals schon angefertigter Abgleich der Namen in Polen angekommener Repatriierten mit dem Verzeichnis sämtlicher Personen, für die bei den unterschiedlichsten polnischen Behörden ein Ausreiseantrag vorgelegt wurde (rund 5 500), ergab eine Schnittmenge von lediglich 300 Namen: »Diese Tatsache sowie die an unsere Botschaft in Moskau gerichteten Briefe zeigen, dass die Repatriierungsaktion nicht alle in der UdSSR lebenden Polen umfasst hat. [Das bedeutet,] dass die Behörden in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion einer Repatriierung von Polen unterschiedliche Bewilligungskriterien zugrunde legen. [...] Neben jenen Personen, die auf unseren und den sowjetischen Listen enthalten sind (insgesamt etwa 10 000), befindet sich in der UdSSR sicherlich noch eine beträchtliche Anzahl von Polen, die aus unterschiedlichsten Gründen keinen Repatriierungsantrag gestellt haben [...], obwohl sie den in unserer an Chrusčev gerichteten Note definierten Kriterien entsprechen.«⁶²

Im Dezember 1955 bestätigte der polnische ZK-Sekretär Franciszek Mazur, dass die Note an Chrusčev vom Mai desselben Jahres »allzu zurückhaltend« formuliert worden sei, dass jedoch »die aktuelle Situation [...] unserer Haltung in dieser Sache« wesentlich mehr entgegenkomme. Bei der Gelegenheit gestand Mazur übrigens auch ein, dass »das grundsätzliche Einverständnis der Sowjetunion zur Repatriierung von Polen aus der UdSSR nach Polen es uns erst ermöglicht hat, das Thema der Repatriierungen aus den kapitalistischen Ländern auf breitester Front zu lancieren.«⁶³ Am 20. Dezember 1955 traf sich Botschafter Lewikowski mit dem sowjetischen Außenminister Wjačeslav Molotov und übermittelte ihm die polnische Bitte um eine Fortführung der Ausreise von Polen aus der UdSSR. Molotov äußerte sich positiv zu den polnischen Postulaten und nahm eine Liste ausreisewilliger Personen entgegen. Darüber hinaus eröffnete er dem polnischen Botschafter, »dass in diesen Tagen eine Entscheidung bezüglich der Beseitigung verschiedener administrativer Erschwernisse und zur Beschleunigung dieser Angelegenheiten« gefällt worden sei.⁶⁴

⁶² Notatka służbowa w sprawie repatriacji z ZSRR z listopada 1955 r. [Dienstnotiz bezüglich der Repatriierungen aus der UdSSR vom November 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 97.

⁶³ Wyciąg korespondencyjny z Moskwy z 10 XII 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 10. Dezember 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 83 u. 86.

⁶⁴ Aide memoire polskie w sprawie repatriacji z grudnia 1955 r. [Polnisches Aide Mémoire vom Dezember 1955 bezüglich der Repatriierungen], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 89f; Wyciąg

Anfang Januar 1956 wurde die polnische Seite über einen am 15. Dezember 1955 unterzeichneten sowjetischen Regierungsbeschluss in Kenntnis gesetzt, der die Durchführung weiterer Repatriierungsaktionen bis Ende 1956 vorsah. Zur Ausreise wurden nun alle »sowjetischen Staatsbürger polnischer und jüdischer Nationalität wie auch ihre Familienangehörigen« berechtigt, »die seinerzeit vom Recht auf Evakuierung nach Polen gemäß dem polnisch-sowjetischen Abkommen vom 6. Juli 1945 keinen Gebrauch gemacht hatten, und die in der Volksrepublik Polen Angehörige besitzen«.⁶⁵ Obschon dieser von den lokalen Behörden in aller Eile umgesetzte Beschluss nicht das gesamte Problem löste, schuf er doch die Möglichkeit weiterer Verhandlungen. Diese wurden bereits in der veränderten Atmosphäre nach dem XX. Parteitag der KPdSU durchgeführt, in dessen Folge sich in der UdSSR eine Liberalisierung durchsetzte und in der Volksrepublik Polen die Stalinisten in der polnischen Parteiführung entfernt wurden. Nach unzähligen Gesprächsrunden gelang im März 1957 die Unterzeichnung eines Abkommens, welches endlich auch die massenhafte Ausreise von Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten ermöglichte, die im Zuge des Zweiten Weltkriegs an die Sowjetunion angegliedert worden waren. Die Repatriierung dauerte bis Ende 1959 und umfasste bis zum Schluss nahezu eine Viertelmillion Menschen.⁶⁶

Die Rückkehr nach Polen und das Wiedersehen mit der Familie bildeten nach all den Jahren der Heimatlosigkeit einen gravierenden Einschnitt im Leben der Repatriierten. Nach Verlassen des Auffanglagers begann für sie ein neues, oft schwieriges und keinesfalls von Enttäuschungen freies Kapitel in ihrem Leben. Das wäre allerdings ein Thema für eine separate Untersuchung.⁶⁷ An dieser Stelle sei lediglich angefügt, dass sich die in der Verbannung oder hinter dem Lagerzaun verbrachten Jahre bei vielen dieser Menschen, die im Winter 1955/56 nach Polen heimkehren konnten, wie ein Schatten über das ganze weitere Leben gesenkt hatten.

Übersetzung aus dem Polnischen von Lukas Imhof (Berlin)

korespondencyjny z Moskwy z 21 XII 1955 r. [Auszug aus der Korrespondenz aus Moskau vom 21. Dezember 1955], in: AMSZ, z. 7, t. 84, w. 11, Bl. 99.

⁶⁵ Pro memoria radzieckiego MSZ w sprawie uproszczenia trybu repatriacji z 9 I 1956 r. [Pro Memoria des sowjetischen Außenministeriums vom 9. Januar 1956 bezüglich einer Vereinfachung des Repatriierungsverfahrens], in: Ebenda, Bl. 101 f.

⁶⁶ Mehr dazu siehe: Ruchniewicz, Malgorzata: Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–1959 [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR in den Jahren 1955–1959], Warschau 2000. An dieser Stelle soll nochmals betont werden, dass von den bisher in diesem Text beschriebenen Repatriationen nur polnische Verbannte und Häftlinge Gebrauch machen konnten.

⁶⁷ Einen ersten Versuch, sich dieses Themas anzunehmen, stellte der Zyklus »Powrót ze Wschodu« [»Die Rückkehr aus dem Osten«] dar, eine Zusammenstellung von Erinnerungsfragmenten und Briefen von Lagerinsassen, die im Archiv des Ostens des Karta-Zentrums aufbewahrt werden. Mehr dazu Karta. Niezależne pismo historyczne 1993, H. 10, S. 40–69.